

Eine Frage des Charakters

Gastkommentar

von MARKUS FREITAG

Was nicht alles die Wahlentscheidung beeinflussen soll. Sind für einmal weder Geschlecht noch Alter, Einkommen oder das Umfeld relevant, dann werden gern Ereignisse wie die Flüchtlingskrise oder der Klimawandel für die Stimmung im Land verantwortlich gemacht. Was wäre, wenn allein unser Charakter die Wahlentscheidung bestimmen würde? Informationen zu den Psychogrammen potenzieller Wählerinnen und Wähler lassen sich anhand von fünf Charakterzügen beziehen: Unser Grad der Offenheit bemisst sich an unseren vielfältigen Interessen und unseren Vorlieben für das Ungewöhnliche und Verrückte. Gewissenhaft ist, wer bodenständig, regeltreu und zielstrebig agiert. Der Charakterzug Extraversion zeigt, wie zurückgezogen oder wie gesellig und sozial dominant wir uns geben. Verträglichkeit wiederum informiert über unser Niveau an Gutmütigkeit und unser Bedürfnis nach Harmonie. Und Neurotizismus gibt Aufschluss über unsere emotionale Belast- und Verletzbarkeit. Diese fünf Wesenszüge sind zur Hälfte vererbt und mit zunehmendem Alter nur schwer veränderbar.

Stellen wir uns jetzt einmal einen Wähler namens Reto vor. Reto ist seit je als bodenständig und wenig extravagant bekannt. Derartig veranlagt, sucht er nicht unentwegt Abwechslung und bevorzugt höchstwahrscheinlich ein strukturiertes, vorhersehbares und familiäres Umfeld. Durch Erfahrungen lernt er, dass Traditionen, Regelmässigkeiten, formale Übereinkünfte und unverrückbare Vorstellungen probate Mittel darstellen, um das Leben und

Unser Charakter bestimmt
auch unsere politischen Neigungen
und damit unser Wahlverhalten.
Dies hat einen stabilisierenden Effekt.

dessen Herausforderungen zu meistern. Menschen wie Reto entwickeln sehr wahrscheinlich konservative Einstellungen und suchen sich Weggefährten, die ähnlich ticken und die ihre Wert- und Glaubenssysteme nicht ständig und unnötig herausfordern. Es ist auch naheliegend, dass ihre politischen Präferenzen bei den Akteuren und Organisationen liegen, welche die Überschaubarkeit der Lebensbedingungen zum politischen Programm aufrufen.

Ein anderes Beispiel ist Carmen. Sie gilt von Kindesbeinen an als verständnisvoll und zuvorkommend. Sie geht Konflikten gern aus dem Weg und favorisiert eine harmonische, hilfsbereite und vertrauensvolle Umgebung. Im Laufe ihres Lebens lernt sie dessen Tücken durch Zurückhaltung, Bescheidenheit und Toleranz zu meistern. Menschen wie Carmen suchen nicht unbedingt die politische Auseinandersetzung und den Wettbewerb ideologisch gefärbter Argumente. Sofern sie überhaupt ein politisches Interesse hegen, sympathisieren sie am ehesten noch mit Parteien, die für Kompromissbereitschaft und respektvolles Miteinander stehen oder den sozialen Ausgleich und die solidarische Bewahrung individueller Lebenschancen verfolgen.

Auswertungen zu mehreren tausend Charakterprofilen in der Schweiz legen nahe, dass sich rund die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer mit Reto verbunden fühlt und rund 40 Prozent die Seele Carmens in sich tragen. Darüber hinaus attestiert sich ein Viertel eine gewisse Offenheit, und weniger als ein Fünftel hält sich für extrovertiert. Erstere tendieren politisch nach links, Letztere nach rechts. Nicht einmal 5 Prozent schätzen sich als neurotisch ein und präferieren ebenso das linke Politspektrum. Unterm Strich weist die charakterliche Verteilung auf ausgeglichene Kräfteverhältnisse hin. Wenn also niemand im Oktober aus seiner Haut schlüpft, dann wird trotz allseitigen Erwartungen kein politisches Lager ein anderes nennenswert überragen. Und wenn doch: Wäre das ein Zeichen von Charakterschwäche?

Markus Freitag ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Er stellt im Wechsel mit seinem Kollegen Adrian Vatter im Zusammenhang mit den Eidgenössischen Wahlen die Frage: Was wäre, wenn?

Politik als Beruf(ung)

Gastkommentar

von MARKUS FREITAG

Sie tun das, was sich nur noch wenige antun. Und sie werden nicht einmal richtig bezahlt dafür. Fragt man Milizpolitiker nach der sonst erhaltenen Wertschätzung, zucken sie auffallend oft mit ihren Schultern. Beinahe die Hälfte der Heranwachsenden weiss nicht einmal, dass es sie gibt. Nicht von ungefähr bekunden immer mehr Gremien enorme Schwierigkeiten, ihre Behördenstellen mit ihnen zu besetzen. Der verpflichtende Charakter ihrer Tätigkeit sowie deren zeitliche Fremdbestimmung korrespondieren mehr schlecht als recht mit dem zeitgenössischen Wunsch nach einer flexiblen Lebensplanung. Gerade im neu zu wählenden National- und Ständerat werden die Interessen der Wählenden zunehmend weniger von ihnen vertreten. Dabei betreiben sie Politik zumeist aus Berufung. Was wäre eigentlich, wenn es das Milizprinzip nicht mehr gäbe und wir stattdessen nur noch Berufspolitiker hätten?

Kritiker des Milizsystems würden aufatmen. Miliztätige sehen sich in deren Augen mit zu hohen Leistungsanforderungen und Anspruchshaltungen konfrontiert, denen sie als unvollkommen qualifizierte Freizeitpolitiker nicht gerecht werden können. Ihre zeitlich begrenzte Verfügbarkeit erschwert denn auch die arbeitsteilige Koordination und Kommunikation mit der Verwaltung. Zudem geht die mit der beschränkten Einsatzfähigkeit einhergehende Fokussierung auf das Tagesgeschäft zulasten der Verfolgung langfristig angelegter Projekte und konzeptionell-strategischer Anliegen. Ohnehin leide das Engagement im Milizwesen unter einer sozialen Diskriminierung, und die Arbeit wird eher von den «haves» als von den «have-nots» gestaltet. Eine Miliztätigkeit muss man sich eben leisten können. Auch beschwören die hauptberuflichen Beziehungen und Erfahrungen der Miliztätigen immer wieder Interessenkollisionen herauf. Insbesondere fehlende ange-

Eine Professionalisierung macht die politische Arbeit aber nicht zwingend besser.

messene Vergütungen verführen die Behördenmitglieder zu intransparenten Vorteilsnahmen und verweisen die Grenzziehung zwischen privatem und öffentlichem Interesse.

Allen Unkenrufen zum Trotz ist der Preis der Professionalisierung hoch. Fixe Besoldungskosten für Berufspolitiker schränken den finanziellen Spielraum ein. Ein Rückbau einer einmal geschaffenen Stelle ist problematisch. Zudem könnte der Einsatz monetärer Impulse auch zu charakterlichen Umschichtungen im Milizpersonal führen, so dass die Uneigennützigkeit und die Gemeinwohlorientierung des Engagements sukzessive durch Profitstreben abgelöst werden. Festangestellten Lokalpolitikern drohen bei einer Abwahl oftmals auch empfindliche Einkommensverluste. Solche Aussichten bringen eine andere Art des Politisieren mit sich. Statt auf Sachpolitik konzentriert man sich auf die Wiederwahl. Überdies schafft das Milizprinzip Vertrauen in die Institutionen und damit politisches Kapital. Ohne dieses System könnte die implantierte Identität zwischen Regierenden und Regierten Schaden nehmen und die Politik mit der Zeit als abgehobener empfunden werden, da weniger Alltagserfahrungen in die Politik einfliessen.

Der Königsweg wird kein Entweder-oder sein. Die Schweizer Beteiligungsdemokratie wird nicht allein als Laienschauspiel aufgeführt werden können. Allerdings macht eine Professionalisierung die politische Arbeit nicht zwingend besser. Es braucht den Laien als Korrektiv, um etwaige Qualifikationslücken der Professionellen wirkungsvoll mit praxisnahem Gedankengut zu ergänzen und die Bodenhaftung der Politik nicht zu verlieren. Sowieso: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmass lassen sich nicht mit Geld aufwiegen.

Markus Freitag ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Er stellt im Wechsel mit seinem Kollegen Adrian Vatter im Zusammenhang mit den Eidgenössischen Wahlen die Frage: Was wäre, wenn?

Trump würde nicht Bundesrat

Gastkommentar

von MARKUS FREITAG

Stellen Sie sich vor, es sind Wahlen, und keiner geht hin. Für viele ein Schreckensszenario. Urnengänge sind schliesslich eine staatsbürgerliche Pflicht und all diejenigen, die sich dieser nicht unterwerfen, schlechte Bürger. Letzteres wird vom Modell der Tarnkappendemokratie bezweifelt, das amerikanische Politikwissenschaftler vor beinahe zwanzig Jahren entwarfen, um den Zustand einer bewusst beteiligungsabstinenten Gesellschaft zu beschreiben.

In dieser «stealth democracy» wollen die Bürger gar nicht ständig nach ihrer Meinung gefragt werden. Vielmehr werden die Regierungsgeschäfte im Verborgenen und beinahe unsichtbar von einem technischen Apparat aus delegierten Fachpersonen, unabhängigen Kommissionen oder erfolgreichen Geschäftsleuten geführt. Politiker und Parteien sind in diesem Konzept nicht vorgesehen. Da die Regierungsmitglieder nicht gewählt werden, sind sie gegen Sonderinteressen gefeit und können im Sinne der breiten Öffentlichkeit handeln. Statt Parteiinteressen und ideologischer Kabale dominiert in diesem technischen Entwurf die Effizienz: Politische Abläufe dienen allein der Erreichung übergeordneter und weitgehend unbestrittener Ziele. Das Volk verzichtet freiwillig und guten Gewissens auf die Beteiligung. Es ist an politischen Debatten nicht wirklich interessiert und greift nur im äussersten Notfall in das politische Geschehen ein. Rund ein Viertel der Amerikaner und über 30 Prozent der Briten und Australier bekunden in Umfragen Sympathien für dieses Nichtbeteiligungsmodell. In Südkorea unterstützen über 40 und in Spanien gar rund 50 Prozent der Bevölkerung die Tarnkappendemokratie.

Was wäre, wenn die Schweizerinnen und Schweizer diese Systemalternative herauspicken könnten? Wahlurnen gelten hierzulande ohnehin nicht als «hot spot», und der Grossteil der Schweizerinnen und Schweizer verzichtet regelmässig auf die Stimmabgabe. Forschungen legen auch nahe, dass sich die Nichtwähler

Die Mehrheit sieht die Geschicke des Landes in den Händen der Politiker gut aufgehoben.

lerschaft mehrheitlich aus zufriedenen Bürgern zusammensetzt. Und nehmen im Parlament nicht vermehrt Politiker Platz, die zwar ohne vorgängige parteipolitische Ochsentour, aber mit zugeschriebenem Expertenstatus quer in die Politik einsteigen? Zudem: Werden landauf, landab nicht immer wieder erfolgreiche Unternehmer als Regierungspersonen herbeigesehnt? Vor die Wahl gestellt, kann nach den Auswertungen der Berner Politologin Maya Ackermann jedoch nur gut ein Sechstel der Schweizerinnen und Schweizer dieser Herrschaftsform etwas abgewinnen. Das hiesig praktizierte Beteiligungsmodell gilt als alternativlos, und die wenigen Fürsprecher der Tarnkappendemokratie finden sich eher unter älteren Männern und formal wenig gebildeten Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Drei Viertel der Befragten sprechen sich gar für eine gründliche Diskussion im Vorfeld politischer Entscheidungen aus und entsprechen damit so gar nicht dem Bild des politisch gleichgültigen Eidgenossen.

Und auch wenn die Bevölkerung mehr der Feuerwehr und der Polizei als den Politikern vertraut, sehen doch über zwei Drittel die Geschicke des Landes in den Händen Letzterer gut aufgehoben. Ein gutes Drittel kann sich zwar auch unabhängige Experten an der Staatsspitze vorstellen, doch immerhin die Hälfte möchte auch die Parteien nicht missen. Und aufgespasst: Nur ein Fünftel wünscht sich politisch unerfahrene Wirtschaftskapitäne am Regierungsruder. Kurzum: Hätte das Volk die Wahl, für Donald Trump gäbe es wohl keinen Platz im Bundesrat.

Markus Freitag ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Er stellt im Wechsel mit seinem Kollegen Adrian Vatter im Zusammenhang mit den eidgenössischen Wahlen die Frage: Was wäre, wenn?

NZZ-Leser: liberal und untätowiert

Gastkommentar

von MARKUS FREITAG

Wähler, es ist Zeit. Der Sommer war gross, doch jetzt steht der Urnengang vor der Tür. Wer sich bis jetzt noch zu keiner Meinung durchgerungen hat, wird auch die letzten Versprechungen der Kandidaten ins Leere laufen lassen. Und wer jetzt noch ohne Partei ist, wird sich seiner Stimme wohl enthalten. Dem Leser dieser Zeitung sind solche Gedanken indes fremd. Für NZZ-Getreue ist die Wahlteilnahme fast schon Bürgerpflicht. Was sind das eigentlich für Menschen, die diese Zeitung lesen?

Alltagsbeobachtungen legen zunächst einmal nahe, dass es sich mehrheitlich um adrett gekleidete, graumelierte und zumeist untätowierte Personen handelt. Systematischere Betrachtungen statistischen Zahlenmaterials lassen dazu erkennen, dass NZZ-Leser vornehmlich in Städten und Agglomerationen zu Hause, dazu eher hoch gebildet, einkommensstark, originell, phantasievoll, männlich und Nichtraucher sind. Vergleichbar mit Lesern anderer Zeitungen greift nur ein Fünftel von ihnen regelmässig zum Glimmstengel. Zudem wird die vorliegende Zeitung für viele erst ab dreissig zur Option. Im Vergleich zu «Blick»-besitzern NZZ-Leser weniger oft ein Auto, dafür fliegen sie mehr als die Freunde des Boulevards (dies gilt auch im Vergleich zu den Lesern des «Tages-Anzeigers» und von «20 Minuten»). Über drei Viertel von ihnen verfolgen zudem regelmässig das Programm des Schweizer Fernsehens.

NZZ-Leser verfügen über ein ausserordentliches politisches Wissen, strahlen eine grosse Demokratiezufriedenheit aus und bringen dem Bundesrat erhebliches Vertrauen entgegen. Und unabhängig von Alter und Geschlecht zeigen fast alle Anhänger der NZZ ein hohes politisches Interesse. Fast 70 Prozent fühlen sich sogar einer Partei verbunden. Geht es um politische Inhalte, verateten die Zahlen, dass NZZ-Leser einer Erhöhung der Sozialausgaben eher kritisch gegenüberstehen. Zwei Drittel befürwor-

Aus dem Medienkonsum lassen sich durchaus Hinweise auf politische Einstellungen ableiten.

ten zudem Massnahmen zum Schutz der Umwelt, und ein Drittel möchte die Atomenergie nicht missen. 70 Prozent sprechen sich für eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre aus. Zum Vergleich: Leser des «Tages-Anzeigers» tun dies nur zu knapp 44 Prozent, und unter den Konsumenten des «Blicks» und von «20 Minuten» erfreut sich dieser Vorschlag nur bei rund einem Drittel besonderer Beliebtheit. Ein Fünftel der NZZler wiederum befürwortet einen EU-Beitritt. Mit Blick auf die Zusammensetzung des Bundesrates sprechen sich über 80 Prozent der NZZ-Getreuen für eine Konkordanzformel aus, die sich rein an den Parteistärken orientiert.

Was wäre, wenn nur die NZZ-Leser wählen gehen würden? Auswertungen vergangener Wahlen deuten eine liberale Akzentverschiebung in der Zusammensetzung des National- und Ständerats an. Stärkste Kraft in Bern wäre nämlich die FDP. Annähernd jeder zweite NZZ-Leser spräche sich für die Freisinnigen aus. Immerhin 21 Prozent gäben den Sozialdemokraten ihre Stimme, und rund 15 Prozent votierten für die SVP. Die CVP und die Grünliberalen würden rund 7, die Grünen 5 Prozent erreichen. Alle übrigen Parteien kämen nicht in die Kränze. Während die meisten Leser dieser Zeilen im Hinblick auf die anstehenden Wahlen sicher Freude an einem solchen Resultat hätten, mag dies für die Konsumenten anderer Blätter weit weniger gelten: Wer den «Tages-Anzeiger» liest, wählt mehrheitlich SP, Abnehmer des «Blicks» und von «20 Minuten» sprechen sich klar für die SVP aus. Es gilt also: Sag mir, was du liest, und ich sag dir, was du wählst.

Markus Freitag ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Er stellte hier im Wechsel mit Adrian Vatter im Zusammenhang mit den Wahlen die Frage: Was wäre, wenn? Mit diesem Beitrag ist die Serie abgeschlossen.